

Annoncen-
Annahme-Bureaus
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissland,
in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Mr. 115.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 14. Februar. Der König hat den prakt. Aerzten Dr. Theodor Hirsch und Dr. Adolph Sottek zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Sanitätsrath, sowie dem Kunst- und Handelsgärtnervereinsmitglieder Ernst Benary zu Erfurt den Titel Kommerzien-Rath verliehen und den Stadtrath Dr. Adolph zu Frankfurt a. d. O. infolge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl, als bestehenden Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) der Stadt Frankfurt a. d. O. für die gesetzliche zwölfjährige Amtszeit bestätigt.

Der Ref. Strauben aus Düsseldorf ist zum Advokaten im Bezirk des K. Appell.-Ger.-Hofes zu Köln ernannt worden.

Vom Landtage.

20. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 14. Februar. 10 Uhr. Am Ministertisch: Achenbach, Ministerialdirektor Weishaupt, Geh. Räthe Röger Ridorff, v. Braunsdorf u. A.

Präsident v. Beningen theilt mit, daß der Abg. Kaselowski, gewählt für den 8. Wahlkreis des Reg.-Bezirk Liegnitz, am 11. Februar bestimmt ist. Die Mitglieder ehren das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise.

Ohne Debatte genehmigt das Haus in dritter Berathung definitiv die Gesetzentwürfe, betreffend die Aufhebung des Lehnshandels im Geltungsbereich des Ostpreußischen Provinzialrechts, die Änderung des für das vormalige Königreich Hannover zur Anwendung kommenden Gesetzes über Gemeindeverträge und Landstrafen vom 28. Juli 1851 und die Umgestaltung der für den Landdrosteibezirk Osnabrück bestehenden Gebäude-Brandversicherungsanstalt.

Es folgt die Berathung des vom Herrenhause in veränderter Fassung zurückgelangten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Umlaufkosten der Staatsbeamten. Das Herrenhaus hat die Verschmelzung der 4. und 5. Rangklasse, welche vom Abgeordnetenhaus mit großer Majorität beschlossen war, wieder aufgehoben.

Abg. Schröder (Königsberg): Das Herrenhaus hat die Zusammenfassung der vierten und fünften Rangklasse abgelehnt und so mit in Bezug auf § 1 die Regierungsvorlage wiederhergestellt. Die Sicherheit der wirtschaftlichen Lage zahlreicher Beamten wird dadurch vollständig, und zwar legiglich aus Gründen der Rangordnung gefährdet. Die Vorlage beginnstigt die höheren Beamten, die ja an und für sich schon sich in besserer Lage befinden, gegenüber den unteren. Ich bin mir nun sehr wohl bewußt, daß mit der Zusammenfassung der vierten und fünften Rangklasse nicht sämtliche Schwächen beseitigt, sondern nur einer einzelnen Kategorie von Beamten geholfen werden würde, den Baubeamten, Oberlehrern u. s. w., aber das sind gerade diejenigen, aus deren Reihe die meisten Klagen laufen. Obgleich nun die Regierung das Bedürfnis einer Abbüllung anerkennt, so ist sie doch nicht auf die Gleichstellung der vierten und fünften Rangklasse eingegangen, und zwar aus finanziellen Gründen, die sie also gerade gegen die schlechtesten Beamten geltend macht. Ich bin deshalb nicht im Stande, für den Entwurf zu stimmen. Sollte er aber doch die Annahme des Hauses zu finden, so bitte ich die Regierung, die Sache nicht als für die Zukunft abgeschlossen zu betrachten.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Zur Sache habe ich zu erkennen, daß ich und meine Freunde den Entwurf in der vorliegenden Fassung ablehnen werden, weil es unrecht wäre, allen anderen Kategorien von Beamten um einer Rangklasse willen das wohltätige Gesetz vorzuenthalten. Die Verhandlungen im anderen Hause zwingen mich, einen Augenblick darauf zurückzutreten. Graf zur Lippe logte, nachdem er angeführt, daß die Umlaufkosten auch den Beamten gewährt werden sollen, welche auf ihren Antrag verzerrt werden, folgendes: „Was entsteht daraus? Dass der Richter, der ja überhaupt nur in eine Stelle kommt, in die er sich hineinzuschaut, hat, anfängt im Lande zu vagabundiren.“ Ferner: „Die Dienstfreudigkeit der Richter wurde erhöht werden, wenn man ihnen durch Gewährung der Umlaufkosten diesen Gefallen thäte. Ich habe immer gefunden, daß das Bewußtsein der vollsten und treuesten Pflichterfüllung eigentlich die Hauptbasis der Dienstfreudigkeit ausmacht. Wenn mir solche Argumente genügsame sentimental Natur vorgeführt werden, kann ich nicht umhin, mich daran zu erinnern, wie es den Leuten in einem Gasthause geht, wo sie öfter verkehren; gibt man reichlich Trinkgelder, so wird der Dienstleister der Kellner erhöht. Ich fürchte aber, wenn man so den Dienstleister der Richter erhöhen will, so kommt man auf eine falsche Bahn.“ Mit einem prophetischen Blick auf die Zukunft sagte er dann: „Warum kommt jetzt die konservative Partei im Lande nicht zur Geltung? Das liegt darin, daß namentlich die richterlichen Beamten als Mitglieder der Fortschrittspartei gegen die Regierung kämpfen und daß sie das ungestraft thun. Ich glaube, es wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo sich das Bedürfnis die Disziplin wieder raffer zu ziehen, recht lebendig fühlbar machen wird.“ Auf eine Kritik dieser Ausführungen kann ich wohl verzichten (Ja wohl!), um so mehr, als der Redner die Ehre gehabt hat, zum Unlust des Landes lang an der Spitze der preußischen Justizverwaltung zu sitzen. (Sehr wahr!) Es ist der preußische Justizminister — der einzige glücklicherweise seiner Art, — der den offenen Versuch gemacht hat, die Gerichte zu korrumpern und das Recht des Landes einer einzelnen Partei dienstbar zu machen. (Sehr wahr! Lebhafter Beifall links. Murren rechts.) Es ist derselbe Mann, der infolge seiner unbeholfenen Wirksamkeit mit Recht der allgemeinen Verachtung anheimgefassen ist! (Lebhafter Beifall links. Große Unruhe rechts.)

Präsident v. Beningen: Ich habe zwar nicht die Pflicht, die Mitglieder des anderen Hauses zu schützen; allein ich meine doch, dieses Haus müßte so viel Rücksicht auf das andere Haus nehmen, daß dessen Mitglieder nicht in dieser Weise angegriffen werden, wie dies eben geschehen ist.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Ich würde selbstverständlich jedes Mitglied des Herrenhauses, auch gegen den Grafen zur Lippe, wenn er in seiner Eigenschaft als Herrenhaus-Mitglied gesprochen hätte, das vernimmt haben; er hat sich aber bei dieser Rede kritisch auf den Standpunkt des früheren preußischen Justizministers gestellt, und dessen Handlungen zu kritisieren, dazu sind wir erwünscht verpflichtet. (Beifall.)

Präsident v. Beningen: Ich hätte trotzdem dringend wünscht, daß die vom Abg. Windthorst (Bielefeld) gebrauchten Wörter hier nicht gefallen wären.

Donnerstag, 15. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Entferne 20 Pf. die schmalste Seite oder deren Raum, Städten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erreichende Summe bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

In Berlin, Dresden, Görlitz

beim „Invalidendank“.

187.

Abg. Waller (Schweidnitz) schließt sich dem Wunsche an, im Interesse aller anderen Beamten das Gesetz nicht wegen der Zurücksetzung einer Beamtenkategorie scheitern zu lassen.

Abg. Löwenstein: Da wir die Überzeugung begreifen können, daß ein Ministerium Lippe nicht wieder kommt, so brauchen wir nicht weiter auf die Ausführungen dieses Herren im Herrenhause einzugeben und können ihm gerne das Lob gönnen, welches er sich selbst über seine Amtsführung erhebt. Es liegt bei dem streitigen Punkt des Gesetzes keine prinzipielle, sondern nur eine finanzielle Differenz vor, und selbst wenn diese bestätigt würde, so könnte das Gesetz ja durchaus keinen Anspruch darauf machen, eine befriedigende Regelung herbeigeführt zu haben. Ich möchte deshalb diese Gelegenheit benutzen, um die Regierung aufzufordern, bei der künftigen Justizorganisation die weitere Regelung der Angelegenheit ins Auge zu fassen. In dieser Hoffnung bin ich bereit, dem Gesetzentwurf, wie er vorliegt, unsere Zustimmung zu geben.

Abg. von Ludwig: Ich stimme mit dem Grafen zur Lippe vollständig darin überein, daß die Disziplin gegenüber den Richtern straffer angezogen werden muß. Der Richter soll angemessenes Recht sprechen und muß deshalb auf seinem Stuhl als Richter sitzen bleiben (Große Heiterkeit) — ich meine: auf seinem kurfürstlichen Stuhl. Ich kann feststellen, daß mehrere Richter den Fürsten Bismarck in Bezug auf meine Person direkt angelogen haben. (Große Unruhe.)

Präsident v. Beningen ersucht den Redner bei der Sache zu bleiben.

Abg. v. Ludwig: Ich bin bei der Sache; ich halte es als die Aufgabe dieses Gesetzes, Disziplin unter den Richtern herbeizuführen.

Präsident v. Beningen: Diese Ansicht habe ich bisher aus der Vorlage nicht gewinnen können (Heiterkeit). Ich ersuche deshalb den Redner nochmals, bei der Sache zu bleiben.

Abg. v. Ludwig: Wenn Richter aber ihren kurfürstlichen Stuhl verlassen und sich in Wahlagenturen mischen, so ist es allerdings Pflicht des Justizministers, energisch Disziplin zu üben.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Ich brauche auf die Ausführungen des Vorredners nicht einzugehen, sondern empfehle ihn der Belehrung seiner juristischen Fraktionen. Der Gesetzentwurf wird hierauf unverändert angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend eine Erweiterung der Verwendungswerte der den Provinzial- und Kommunalverbänden überwiesenen Dotationsfonds.

Abg. v. Ludwig: Ich bin erstaunt, daß die preußische Regierung in so wunderbarer Naivität und lediglich auf Anregung von Seiten einer einzigen Provinz, die Zwecke und Aufgaben, für welche der Dotationsfonds bestimmt ist, schon wieder erweitern will, obgleich doch feststeht, daß diese Fonds für die ursprünglichen Zwecke bei Weitem nicht ausreichen. Dies ist wieder so ein Gesetzentwurf, der allein den besseren und reicheren Gegenden auf Kosten der ärmeren zu Gute kommt. Die Zentralpunkte, die Hauptstädte des Handels, des Verkehrs und der Industrie sollen gemäßigt, das Hinterland dagegen ausgesogen werden. (Obo!) Sorgen Sie doch dafür, daß in den zurückgebliebenen Staatsseihen, namentlich in den Gebirgsgegenden, die Wege, die dort seit Jahrhunderten sich in einem zum Theil grauenhaften Zustande befinden, verbessert werden. Erfüllen Sie erst die zunächst liegenden Zwecke, für welche der Dotationsfonds bestimmt ist, ehe Sie mit derartigen neuen Aufgaben die Provinzen belasten, wie es dieser Entwurf vorschlägt. Ich bitte das Haus, die Vorlage abzulehnen.

Abg. Rickert: Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf nicht darum, den Provinzen, wie der Vorredner anzunehmen scheint, irgend welche Verpflichtung aufzuerlegen, sondern nur, ihnen gewisse Rechte einzuräumen; die Vorlage will einfach die Bestimmungen des Dotationsgesetzes dahin erweitern, daß die Provinzialverbände das Recht erhalten, die Dotationsgelder auch für die Sekundärbahnen anzuwenden.

Alle diejenigen, die über die Not der Zeit so sehr klagen, werden dem Lande und der Industrie einen sehr großen Dienst leisten, wenn sie für die Inangriffnahme der hier vorgeschlagenen Sekundärbahnen votiren. Ich bemerke übrigens bei dieser Gelegenheit, daß ich in meiner Rede bei der ersten Berathung des Etats, auf die der Abg. Windthorst (Meppen) neulich Bezug nahm, keineswegs den im Lande herrschenden Notstand gelegnet, sondern nur die Finanzlage des Staates als eine verhältnismäßig günstige bezeichnet habe. Wir wollen durchaus nicht mit dieser Vorlage den Finanzminister erleichtern, sondern würden lebhaft, daß der Staat sich bei Ausführung dieser Sekundärbahnen gleichfalls beteilige. Der einzige gefundene Weg ihrer Ausführung ist eine Kooperation des Staates, der Provinzen, der Kreise und Gemeinden, sowie insbesondere auch der betreffenden Adjacenz. Der Handelsminister hat sich vor zwei Jahren in sehr wohlwollender Weise für die Förderung der Sekundärbahnen ausgesprochen, es wäre sehr wünschenswert, wenn er uns heute einen näheren Aufschluß über die Stellung der Regierung zu dieser Frage geben wollte.

Was die Bedeutung der Sache selbst betrifft, so behaupte ich, daß die deutsche Volkswirtschaft eine erhebliche Ersparnis an Kapital erzielt hätte, wenn man schon früher bei vielen Gelegenheiten statt der Vollbahnen zu dem Bau von Sekundärbahnen geschritten wäre. Es ist volkswirtschaftlich durchaus verfehlt, in denjenigen Gegenden, die keine Industrie haben, Vollbahnen, mit deren ganzem kostspieligen Apparat und Betriebe herzustellen. Den Provinzen ist ferner jetzt die Verpflichtung auferlegt, für den Chausseebau zu sorgen. Nun liegt aber auf der Hand, daß in allen den Gegenden, namentlich in den Niederungen, wo der Bau einer Chaussee 90,000 bis 100,000 Thaler (pro Meile) kostet, die Frage sich von selbst aufdrängt: handeln wir nicht rationaler, wenn wir statt der Chaussee eine Sekundärbahn bauen? Ich bejahe diese Frage auf das entschiedenste, und die Sache hat gerade deshalb solche Eile, weil in Folge des Dotationsgesetzes die Kreise jetzt daran sind, einen großen Plan für die Verbesserung der Verkehrswege und den Bau der Chausseen aufzustellen. So steht z. B. in diesem Augenblick der Kreis Deutsch-Krone praktisch vor der Frage, ob er die Stadt Deutsch-Krone mit der Ostbahn durch eine Chaussee oder durch eine Sekundärbahn verbinden soll. In gewissem Sinne ist das Land gegenwärtig im Chausseebau ebenso wie in anderen Industriezweigen zu einer Überproduktion gelangt. Ich meine nicht, daß wir schon überall genug Chausseen hätten, sondern daß wir an vielen Stellen Chausseen haben, wo wir in rationeller Weise andere Verkehrsmittel, seien dies nur Sekundärbahnen oder verbesserte Binnenschiffe haben sollten. Die Provinz Preußen hat jetzt an früheren Staats- und an Kreis-Chausseen zusammen etwa 6500 Kilometer, deren Herstellung ca. 110 Millionen Mark gekostet hat, und deren Unterhaltung 4 bis 5 Millionen Mark jährlich kostet. Diesen kolossalen Summen gegenüber müssen die Provinzialverbände doch sicherlich alle Ursache und geradezu die Verpflichtung haben, der Frage der Sekundärbahnen näher zu treten. Nach den Ermittlungen der Techniker steht es fest, daß man für 100- bis 120,000 Thaler pro Meile

eine normalspurige Bahn herstellen kann, wenn die Regierung auf alle zu sehr erschwerenden Staatsvorschriften hinblicklich der baupolizeilichen Aufsicht, Schutzmaßregeln und dergleichen verzichtet, wie dies der Verein der deutschen Eisenbahn-Verwaltung wiederholt befürwortet hat. Ich bitte das Haus, durch Annahme dieser Vorlage die Möglichkeit der Entwicklung dieser höchst wichtigen Verkehrsstrafen zu fördern.

Handelsminister Achебах: Was vom Vorredner gewünschte Auskunft betrifft, so erwidere ich daß im Handelsministerium schon vor einigen Jahren ein Gesetzentwurf über die Herstellung von Sekundärbahnen und die Befreiung des Staates an den Kosten derselben ausgearbeitet worden ist. Es haben darüber unter den verschiedenen Ressorts Verhandlungen stattgefunden, über welche jedoch eine Einigung und Verständigung nicht hat erreicht werden können, da die Sache in gewissen Richtungen noch zu neu war. Man hat es daher vorgezogen, zunächst von Fall zu Fall die einzelnen Anträge zu prüfen und nach Maßgabe der erkannten Notwendigkeit sie dem Landtage vorzulegen. Im Ganzen sind nur sehr wenige derartige Anträge von der Staatsregierung definitiv abgelehnt worden; mir ist augenblicklich nur ein einziger derartiger Fall erinnerlich. Was im Übrigen die Erleichterung der Herstellung solcher Bahnen betrifft, so weit sie die baupolizeiliche Aufsicht etc. anreibt, so steht in dieser Beziehung in nächster Zeit ein Erlass der Staatsregierung in Aussicht, welcher allen gerechten Wünschen der Interessenten entgegenkommt.

Abg. Mühlendorf: Ich kann für diese Vorlage nicht eintreten. Die Dotationsfonds sind den Provinzen in erster Linie zur Förderung des Chausseebaus überwiesen. Die Chausseen aber sind in ihren Mitteln sowohl wie in ihren Zielen völlig verschieden von den Sekundärbahnen, die in vielfacher Hinsicht die ersteren gar nicht zu ersetzen im Stande sind. Haben einzelne Provinzen das Bedürfnis nach Sekundärbahnen, so steht ihnen für diesen Zweck der Weg der Anleihe offen. Ich bitte das Haus, die Vorlage abzulehnen.

Abg. Henze: Ich begrüße diesen Gesetzentwurf mit großer Freude, werde aber bei der zweiten Lesung den Zufluss beantragen, daß dieselbe Erlaubnis der Verwendung der Dotationsfonds auch gelten soll zur Herstellung von Pferdebahnen. Bekanntlich hat man in neuerer Zeit eine Erfindung gemacht, daß jeder Wagen, Kutschwagen, Acker- und Arbeitswagen, wie überhaupt jegliches Gefährt, wenn es nur die richtige Spurweite hat, auf dem Gefüle der Pferdebahn als Pferdebahnwagen fahren kann. Es geschieht dies durch die Anbringung eines kleinen sogenannten Vorleiters an der Seite vor dem einen Borderrade, welches mit einer Rute in der Schiene läuft und dadurch die anderen Räder auf den Schienen erhält. Durch eine kleine Hebelvorrichtung kann dieses Vorleitrad jeder Zeit in die Höhe gezogen und dadurch der Wagen in einen gewöhnlichen Wagen verwandelt werden, so daß er einem auf der Schiene entgegenkommenden auszuweichen vermag. Hier in Berlin existiert eine solche Einrichtung, bekanntlich bei der Pferdebahn, die vom Alexanderplatz nach Weihensee führt. Wenn diese für die Landwirtschaft ungemein wichtige Erfindung erst mehr bekannt und gewürdigt sein wird, so bin ich überzeugt, daß in vielen Gegenden bei der Wahl der Anlegung neuer Verkehrswege, die Herstellung von Pferdebahnen idiom wegen ihrer Billigkeit als das allein Richtige und Rationelle erscheinen wird.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich muß mich entschieden gegen die Vorlage erklären. Ihre politische Tendenz ist keine andere als die, die Verpflichtung des Staates zum Bau neuer Bahnen ganz allmälig auf die Schultern der Provinzen zu legen. Gewiß sind Sekundärbahnen wünschenswert; aber vor Allem muß doch der Begriff einer Reichsseisenbahn erst klar gelegt und fixirt sein. Wenn das große Reichsseisenbahnprojekt angenommen sein wird, so kann ich mir denken, daß man alle Bahnen in Preußen, die dem Reich nicht überwiesen sind, für Sekundärbahnen erklärt, und in der Begründung des Reichsseisenbahnprojekts befinden sich in der That Anklänge an eine solche Auffassung. Ich hätte mindestens mit diesem Entwurf zugleich die Vorlegung eines Planes Seitens der Regierung erwartet, worin uns klar gezeigt wird, in welchem Verhältnisse die Gemeinden und die Provinzen, sowie auch in welchem Verhältnisse der Staat selbst zur Herstellung solcher Bahnen beitragen sollte. Hierüber aber herrscht altem silentium. Endlich aber kann auch ich, wie der Vorredner, diejenigen Provinzen, die ein Bedürfnis nach solchen Bahnen haben, nur auf den einfachen Weg der Aufnahme einer Anleihe für solchen Zweck verweisen. bitten wir uns in der Richtung dieser Vorlage den ersten Schritt zu thun und die Provinzen immer weiter mit Aufgaben zu beladen, während nicht einmal für die bisher gestellten vorhandenen Mittel ausreichen.

Abg. Salter: Der Vorredner hat es wieder verstanden, die vorliegende rein praktische Frage im Handumdrehen in eine hochpolitische zu verwandeln. Die Sache liegt einfach so: die Provinzen haben bestimmte Summen mit sehr genau und eng begrenzten Zwecken für ihre Verwendung erhalten. Jetzt legt der Staat einen Gesetzentwurf vor, wonach die Provinzen berechtigt sein sollen, diese Summen auch für andere von ihnen selbst als notwendig erkannte Zwecke zu verwenden. Wenn man nun nicht das allergrößte Misstrauen gegen die Sachverwaltung aussprechen will, so begreife ich gar nicht, wie man diese Vorlage ablehnen kann. Ich verstehe wohl, wie ein Minderjähriger sich dagegen sträubt, daß ihm zu viele Vollmachten in die Hand gegeben werden, ich sollte aber doch meinen, daß die Selbstverwaltung bei uns auf Großjährigkeitsbasis begründet sei. Ein solcher Plan, wie ihn der Vorredner von der Regierung verlangt, in Betreff des Antheils der Kommunen, der Provinzen und des Staates an der Herstellung von Sekundärbahnen ist heute einfach deshalb nicht möglich, weil eben der Begriff, was eigentlich unter einer Sekundärbahn zu verstehen sei, noch gar nicht festgestellt ist. Wir haben eben hier erst praktische Erfahrungen zu machen. Vor Allem wird dabei dieierrage bezüglich der Befreiung der Adjacenz aufs Genauste zu prüfen sein; denn einer der schlimmsten Fehler in unserem bisherigen Eisenbahnbau war die völlige Vernachlässigung dieser Frage. (Sehr richtig!) Aber ein Gesetz können wir auch in Bezug auf diesen Gegenstand für jetzt noch nicht machen, dazu wird erst die Zeit gekommen sein in einem weit vorgerückteren Stadium der Entwicklung unseres Eisenbahnbaus, wenn alle großen Haupttrakte in den Besitz des Staates übergegangen sein werden und dazwischen das Land mit einem Aderz von Nebenbahnen, die den Provinzen und Kommunen gehören, durchzogen ist. Für jetzt müssen wir einfach den Provinzen überlassen, die Probe zu machen, wie weit sie selbst es in ihrem Interesse finden, die Sekundärbahnen aus den ihnen überwiesenen Fonds zu fördern.

Abg. v. Ludwig: Herr Rickert ist gewohnt, immer die Interessen des Großhandels und des Großverkehrs in erster Linie zu berücksichtigen, dem kleinen Landmann und dem Kleinverkehr überhaupt ist mit diesen Sekundärbahnen so gut wie gar nicht genutzt. Der Kleinverkehr fährt heute mit seinen Paar Säcken Getreide zur Stadt, macht dort

persönlich seine Geschäfte ab und kehrt mit seinem Gefährt nach Hause zurück. Wo soll er seinen Wagen und sein Gespann lassen, wenn er erst ein paar Meilen an die Bahn fahren und dann diese zum Weitetransport seiner Fracht benutzen soll? Sie sprechen jetzt so viel von der sozialen Frage; hören Sie einmal auf, für die großen Leute zu sorgen und sorgen Sie für die kleinen Leute!

Abg. Röderath erklärt sich im Gegensatz zu dem Abg. Windhorst für die Vorlage, deren Prinzip er als ein durchaus gerechtfertigtes anzuerkennen gewünscht sei, insbesondere in Berücksichtigung des dadurch erreichten Ziels, daß die Westprovinzen, so wie es nun bishinlichkeit des Eisenbahnbaues durchgeführt sei, auch bezüglich des Baues der Eisenbahnen, die nur einer bestimmten Provinz zu Gute kommen, endlich einmal aufhören werden, für die Ostprovinzen die Kosten zu tragen.

Die Debatte wird hierauf geschlossen. Ein von dem Abg. Windhorst (Meppen) gestellter Antrag, die Vorlage an die Kommission zu verweisen, wird abgelehnt und findet die zweite Berathung daher im Plenum statt.

Es folgt die Berathung des Antrages des Abg. Wehrenpfennig, betreffend die technischen Lehranstalten. Derselbe geht dahin, die Staatsregierung aufzufordern:

I. 1) Darauf Bedacht zu nehmen, daß die an der Bauakademie noch fortbestehenden Missstände im Sinne der Beschlüsse des Hauses

der Abgeordneten vom 17. März 1876 mit größerer Beschleunigung befeitigt, insbesondere die vakanten etatsmäßigen Lehrstellen baldigst befest werden; 2) dafür Sorge zu tragen, daß schon jetzt und vor Herstellung eines einheitlichen Gebäudes für die polytechnische Hochschule die zur Zeit getrennten Lehramtsanstalten (Bauakademie und Gewerbeakademie) in innere Verbindung gebracht und einer kollegialisch geordneten Leitung unterstellt werden; 3) Mittheilung von den Vorbereitungen zu machen, welche bisher zur Errichtung eines Polytechnikums getroffen sind, und den Plan zu dem Neubau, womöglich noch in der gegenwärtigen Session, vorzulegen.

II. In der nächsten Sessiun dem Landtage einen Gesetzentwurf über die Organisation des technischen Unterrichtswesens nach seinen verschiedenen Stufen — Hochschulen, gewerbliche Mittelschulen (Provinzial-Gewerbeschulen), Fachschulen für Handwerker — vorzulegen.

Abg. Dr. Wehrenpfennig: Mein Antrag berührt wesentlich die Frage, auf welche Weise unserem mittleren Gewerbe-stand und dem Handwerkstand auf dem Wege des Unter-richts geholfen werden kann. Der Abg. von Sudmia forderte uns auf

richtig geholfen werden kann. Der Abg v. Ludwig forderte uns auf, nicht den großen, sondern den kleinen Leuten zu Hilfe zu kommen. Nun, hier ist die Gelegenheit, den kleineren Leuten zu helfen, obwohl ich nicht angeben kann, daß früher auf dieser Seite des Hauses eine Vorliebe für die großen Leute geherrscht habe. Im vorigen Jahre wurde hier der Gedanke an ein Polytechnikum angeregt, der Handelsminister hatte erst Bedenken gegen dieses Projekt, erklärte sich aber später damit einverstanden. Wegen dieses prinzipiellen Einverständnisses will ich die Missstände des augenblicklichen Provisoriums nur kurz berühren. Wir konnten wohl in dieser Session eine Denkschrift des Handelsministeriums über die bisherigen Vorbereitungen zur Errichtung eines Polytechnikums, sowie einen Bauplan des selben erwarten. Jedoch will ich damit dem Handelsminister keinen Vorwurf machen, da ich nicht weiß, welchen Schwierigkeiten er bei den anderen Ressorts oder hinsichtlich des Bauplatzes begegnet ist. Denfalls glaube ich aber, daß man auch während des Provisoriums eine organische Verbindung der verschiedenen technischen Hochschulen herbeiführen soll. Ich will noch erwähnen, daß nach dem Umbau der Bauakademie in derselben sich 750 Zeichnenplätze befanden, und daß die Zahl dieser Plätze in gemieteten Räumen um 105 erhöht wurde. Dagegen hat aber die Zahl der Hörer um 165 zugenommen und durch die Verlängerung des Studiums auf vier Jahre ist

die Hörerzahl um den vierten Theil ihren bisherigen Stärke gewachsen. Die Noth der Räumlichkeiten, namentlich der Mangel an Auditorien ist also keineswegs gehoben, vielmehr muß ich den Minister ersuchen, seine Sorge in dieser Beziehung nicht ruhen zu lassen. Der Minister hat das verdienstliche Werk unternommen, durch eine neue Prüfungsvorschrift die nöthige Scheidung in drei Fachgruppen — in das Hochbau-, das Bauingenieur- und Maschinenfach — zu treffen und demgemäß die Vorlesungen zu individualisiren, aber nach dem Lektionskatalog werden zahlreiche sehr wichtige Vorlesungen gebalten von dem Lehrer N. N., was so viel heisst, als: die geeigneten Lehrkräfte sind nicht vorhanden. An einem Gymnasium sind häufig mehr etatsmäßige Lehrer, als an der Bauakademie. Von den vierzehn etatsmäßigen Stellen waren bisher nur acht besetzt, eine ist jetzt durch den Tod des Inhabers erledigt und von den sieben übrigen Stellen sind nur etwa drei als Hauptamt, die anderen als Nebenamt besetzt. Diesem Zustand muß ein Ende gemacht werden. Ich freue mich, daß der Handelsminister im Etat eine Summe von 18,000 Mark zur Erhaltung und Gewinnung tüchtiger Lehrkräfte für die Bauakademie gefordert hat, denn mit einem Durchschnittsgehalt von 1500 Thalern ist das nicht möglich. Ich hoffe, daß der Minister diese ungereimten Mittel ergänzen wird dadurch, daß er den Lehrern eine Tantième an dem Honorar gewährt, welche früher

er den Lehrern eine Lantewe an dem Hondar gewährt, welche früher ganz unberechtigt durch Ministerialreskript eingezogen wurde, obwohl sie geeignet war, die Lehrer zu tüchtigen Leistungen anzuregen. Ich komme nunmehr auf die Hauptfache, auf die unteren und mittleren Stufen des technischen Schulwesens und erkenne hier ein falsches Streben unseres Schulwesens zu immer höheren Stufen emporzuclimmen. So war unsere Gewerbeschule in guter alter Zeit eine Fachschule für Handwerker und als solche wurde sie vom Minister Altenstein an den Handelsminister überwiesen. Bis 1849, ja eigentlich bis 1869, behielt sie ihren alten Charakter, da plötzlich ge-
richtet wird, weil sie nachmittags Schule für die Akademie

nügte sie nicht mehr, weil sie Vorbereitungsschule für die Akademie sein sollte, die einfachen Handwerker verschwanden aus der Zahl der Schüler in Folge der strengeren Anforderungen. Man errichtete zwei Klassen für allgemeine Wissenschaften, dachte aber nicht an den Mittelstand und seine Bedürfnisse. Man begann im Jahre 1870 eine Neorganisations, welche gleichbedeutend war mit der dauernden Verderbnis des eigentlichen Zwecks der Provinzial-Gewerbeschule. Sie verlor vollständig ihren Charakter als Fachschule, da der eigentliche Fachunterricht nur auf ein Jahr beschränkt wurde. Wie soll sich da der Schüler die nötige technische Bildung aneignen? Dagegen hat man einen zweijährigen allgemeinen Vorbereitungskursus für die Gewerbeakademie eingerichtet. Man lehrt hierin drei Sprachen — unter drei thun wir es nie — jede in zwei Stunden wöchentlich, und dann sollen die Schüler die Sprachen beherrschen — das ist doch ein pädagogisches Unding! Das kommt aber davon, daß die oberste Leitung der technischen Lehranstalten in den Händen von Verwaltungsbeamten, welche keine pädagogische Erfahrung haben, liegt. Höchstens beruft man auf einige Tage eine Konferenz der Anstaltsdirektoren, welche keinen eingehenden Einfluß üben können. Es ist also denjenigen jungen Leuten, welche die Mittel haben, nach Absolvirung der höheren Bürgerschule noch einige Jahre eine Fachschule zu besuchen, die Gelegenheit genommen, sich die geeignete Fachbildung zu erwerben! Geben wir eine Stufe tiefer! Die grosse Masse tritt mit den allgemeinen Kenntnissen der Volkschule in das Leben. Ein großer Theil derselben wird auf den abendläufigen und sonntäglichen Besuch der Fortbildungsschule beschränkt bleiben, wo nur die Volksschulbildung um etwas Zeichnen vermehrt, befestigt wird. Aber auch für die emporstrebenden Kräfte in dieser Volksbücht, welche eine Hochfortbildung wünschen, muß der Staat Anstalten ins Leben rufen und anregen, welche ihnen denjenigen technischen Bildungsgrad gewähren, der sich mit der allgemeinen Bildung der Volkschule verträgt. In Preußen haben wir außer durch die vortrefflichen unteren Bergschulen für diese Angelegenheit fast gar nichts gethan. Der Handwerkerstand ist fast gänzlich ohne fachmäßige Bildungsanstalten. Viel mehr ist in dieser Beziehung geschehen in Sachsen, in den süddeutschen Staaten und namentlich in Württemberg, wo 11,000 Schüler in 155 gewerblichen Fortbildungsschulen unterrichtet werden. Wir müßten dann in Preußen verhältnismäßig 2000 Schulen und 150,000 Schüler haben. In Württemberg werden in den gewerblichen Schulen gerade diejenigen Disziplinen bevorzugt, welche die in der betr. Gegend vorbereschende Industrie zu fördern geeignet sind. Ich glaube auch, daß Frankreich, welches in der allgemeinen Volkssbildung bedeutend unter uns

steht, seine industriellen Erfolge den vortrefflichen Spezialfachschulen verdankt. Wenn ich eine gesetzliche Ordnung des technischen Unterrichtswesens wünsche, so will ich nicht ein vollständiges Lehrprogramm für die untere Stufe festgestellt haben, sondern ich wünsche nur ein ernstes Nachstreben auf dem Wege unserer süddeutschen Ge-
nossen, die Feststellung in allgemeinen Linien, was man in diesen Schulen nicht thun darf und was man thun muß, wenn man gute Resultate erzielen will. Ich glaube, wir haben hierin genügende Er-
fahrung. Es sollen namentlich der bloßen Ministerialwillkür Grenzen gesetzt werden, daß man nicht auf dem kurzen Wege des Reskriptes erst den Provinzial-Gewerbeschulen das Recht zum einjährigen Militärdienst giebt und dann im Jahre 1863 dieses Recht des einjährigen Militärdienstes wieder entziehen und daß man erst die Gemeinden zur Gründung der alten Gewerbeschulen auffordert und dann wieder diese kontribuierenden Gemeinden zur Reorganisation durch ein Ministerial-
reskript zwingt, mit großen Kosten daraus neue und ganz unbrauchbare Schulen zu machen. Ich habe mit Absicht vermeidet, hierbei von dem allgemeinen Unterrichtsgesetz zu sprechen, obwohl ich keinen Augenblick daran zweifle, daß diese Frage damit in engem Zusammenhang steht, weil die allgemeinen Bildungsanstalten immer die Vorstufe für die Fachschulen sein müssen. Ich wünsche nur, daß der Handelsminister hierin gemeinsam mit dem Kultusminister vorgeht und zwar anders als bisher. Dem Handelsminister steht nicht das geeignete Aufsichtspersonal für die technischen Lehranstalten zu Gebote. Den Prüfungen der Provinzial-Gewerbeschule wohnt von Seiten der Regierung ein Verwaltungsbeamter ohne pädagogische Routine bei. Es muß die Aufsicht der verschiedenen Stufen des technischen Unterrichts gemischten Kommissionen von Pädagogen, Fachmännern und Beamten, wie es in Württemberg der Fall ist, anvertraut werden. Schließlich bitte ich nicht einzelne Ausdrücke, wie „in nächster Session“ wörtlich zu nehmen, da es selbstverständlich ist, daß ein solches Gesetz nur zugleich mit dem allgemeinen Unterrichtsgesetz vorgelegt werden kann. In der Hoffnung, durch meinen Antrag eine Anregung gegeben zu haben, daß diese Reformgedanken als ein wichtiger Theil der sozialen Frage öffentlich diskutirt werden, schließe ich mit der Bitte, meinen Antrag anzunehmen nicht als einen Parteiantrag, sondern als den gemeinsamen Willensausdruck aller Parteien, den Gewerber einen Mittelpunkt für ihre Reorganisation zu geben und ihre gerechten Forderungen zu erfüllen.

Geb. Reg. - Rath S t ü v e : In Bezug auf die polytechnische Schule kann ich konstatiren, daß die Staatsregierung sich schlüssig gemacht hat, die technischen Lehranstalten sobald als möglich zu einer polytechnischen Hochschule ersten Ranges zu vereinigen. Schon ehe der Beschluß im vorigen Jahre gefaßt wurde, war eine Kommission damit betraut worden, einen Lehrplan und ein Bauprogramm festzustellen, denn ohne eine lokale Vereinigung war doch eine innere Vereinigung nicht möglich. Aus dem neuen Lehrplan will ich hervorheben, daß man 79 Lehrgegenstände aufgenommen, auf 49 ordentliche, 15 außerordentliche Professoren, 25 Privatdozenten und 35-50 Assistenten gerechnet hat. Für den Bau hat man 12 Baupläne eingehend geprüft und schließlich seitens des Staatsministeriums den Platz der fiskalischen Baumwolle am zoologischen Garten in Vorichlag gebracht; das Bauprojekt ist leider noch nicht soweit ausgearbeitet, daß man schon diesmal eine erste Miete fordern könnte; hoffentlich wird man schon 1878 mit dem Bau vorgehen können. Was nun die vakanter Lehrerstellen betrifft, so hat man mit deren Besetzung nicht vorgehen wollen, ehe nicht die im Statut neu geforderten Stellen bewilligt worden sind. Was den zweiten Theil des Antrages angeht, so ist man auch im Handelsministerium der Meinung, daß die technischen Mittelschulen einer eingehenden Reorganisation bedürfen. Die Schulen befinden sich noch im Flusse der Bildung, ein Abschluß ist noch nirgends erreicht, auch die ähnlichen Schulen anderer Staaten sind immer noch als Versuche zu betrachten. Der Plan zu diesen Schulen wurde 1869 von einer Kommission ausgearbeitet und fand die Billigung des Hauses. Wenn man nun sagt, man müsse diese Schulen gesetzlich von der Ministerialwillkür befreien, so möchte ich doch bezweifeln ob man jetzt schon im Stande ist, etwas Abschließendes hinzustellen, was man in die Form eines Gesetzes kleiden könnte. Für eine technische Hochschule ist eine derartige gesetzliche Regelung vielleicht an der Zeit, aber die technischen Gewerbeschulen haben sich noch nicht derartig entwickelt und befestigt, daß ein Gesetz sie fixiren könnte; es müsse doch bald zu Reformen geschritten werden. Wenn es im Antrage heißt, daß bis zur nächsten Session eine derartige Vorlage gemacht werden solle, so hat sich ja der Vorredner selbst schon bekränkt, indem er darauf hinwies, daß dies nur im Anschluß an das Unterrichtsgesetz geschehen könne; dem muß sich die Regierung durchaus anschließen, denn ohne eine Übersicht über die Gestaltung des gesamten Unterrichtswesens ist eine vortheilhafte Gestaltung der technischen Fortbildungsschulen nicht möglich. Zedenfalls kann ich dem Hause die Zusage geben, daß eine vorfällige Prüfung dieses Ge genstandes innerhalb des Ministeriums stattfinden wird.

Abg. Petri bemerkt, daß in Nassau bereits seit 30 Jahren 40-50 derartiger gewerblicher Fortbildungsschulen bestehen, hervor-

40—50 veräugter gewerblicher Fortbildungsschulen vertheilen, welche gegangen aus freier Selbstthätigkeit der Bezirksvereine unter Leitung des Zentralgewerbevereins. Die Kosten werden durch Beiträge der Vereine, Zuflüsse der betreffenden Gemeinden und des Staates aufgebracht. Der Zeichunterricht besonders hat so erfreuliche Resultate gezeigt, daß er konkurriren kann mit dem anderer Länder, namentlich Würtemberg's. Redner hält es nur für bedenklich, für diese Schulen einen Zwang zu konstituiren, wie man es an einem nassauischen Ort durch Ortsstatut gethan habe; indessen müsse man erst die Erfahrung abwarten. Der Staat sollte diese Schulen nicht selbst errichten, sondern nur anregen und fördern.

Abg. Miquel: Ich hätte lieber gehofft, wenn in dem Antrag stände das Gesetz solle "im Anschluß an das Unterrichtsgesetz," statt "in der nächsten Session" vorgelegt werden. Ich möchte beweisen, n, ob es gerathen ist, schon jetzt überhaupt eine gesetzliche Regelung des gewerblichen Unterrichtswesens zu fordern. Ein Geist ist möglich und nothwendig, aber nur dann heilsam, wenn es sich in den richtigen Schranken hält. Man muß das ganze gewerbliche Unterrichtswesen nicht in allen seinen Theilen definieren und reglementiren wollen, sondern nur die allgemeinen festen Grundzüge geben, um ein willkürliches Eingreifen der Verwaltung zu finden. An die Volksschule muß sich die Fortbildungsschule, an die Mittelschule die Provinzialgewerbeschule, welche letztere man anderweit reorganisiren müßte, anschließen. Diese gewerblichen Schulen sind um so nothwendiger, als sich immer mehr das Bestreben geltend macht, aus dem Handwerkerstande herauszukommen, so daß die Handwerksmeister auf die Lehrlinge vom Lande und aus dem Arbeiterstande angewiesen sind. Die Vorbildung der Lehrlinge ist eine schwächere, als früher; deshalb muß die Fortbildungsschule eine Vorbildungsstufe neben den eigentlichen Fachklassen enthalten. Der Fehler bei der bisherigen Organisation war, daß man viel zu großes Gewicht auf die allgemeine Bildung gelegt hat, wodurch die Fachbildung zurückgedrängt wurde. Hervorgerufen ist dieser Fehler durch die unglückliche Bestimmung über den Einjährig-Freiwilligendienst; es wird dadurch eine künftige

über den Einfluss der Fortbildungsschulen, es kann kaum eine ähnliche Vorbildung hervorgerufen, weil die jungen Leute unterrichten müssen in Fächern, die sie nachher gar nicht brauchen und deren Inhalt sie nicht verdauen können. (Sehr richtig!) Es ist schon im Elat eine Summe von 50,000 Mark bewilligt worden für diese Fortbildungsschulen, aber die Städte haben ihre Pflicht nicht erfüllt und so ist diese Summe heute noch nicht ausgegeben worden. Was nun den Zwang für solche Schulen betrifft, so halte ich ihn für absolut nothwendig, weil man sonst den Meistern gegenüber keine Gewalt haben würde, den Lehrlingen freie Zeit zum Schulbesuch zu gewähren. In Hannover existiert fast in jeder größeren Stadt eine derartige Schule mit obligatorischem Schulbesuch; die Meister sträubten sich anfangs dagegen, nach ein paar Jahren kamen sie jedoch zur richtigen Einsicht. Ohne einen solchen Zwang gelangen nur die besser situierten Lehrlinge zum Besuch der Schule, die Mehrzahl bleibt im Sumpfe stecken. Was haben denn die württembergischen Schulen ohne Zwang geleistet? Qualitativ sehr viel, aber die Zahl der Schüler ist eine sehr geringe; die Schulen werden von Mechanikern, Uhrmachern und anderen höheren Gewerbetreibenden besucht,

die Masse der Lehrlinge bleibt ihnen fern. Das ist aber nicht die Aufgabe derartiger Schulen. Das noch andere Mittel helfen müssen, z. B. die Änderung des Lehrlingsverhältnisses, muss ausgegeben werden; aber darauf haben wir hier keine Einwirkung, das ist Sache des Reichstages. Der Staat muss vor allen Dingen den Kommunalverwaltungn ihre Verpflichtungen, die sie nur in ungenügender Weise erfüllt haben, in Erinnerung bringen; denn eine tüchtige Fachbildung ist für ein gutes Gedeihen unseres Handwerkstandes notwendig und bei richtiger Leitung werden diese Schulen auch keine Träger subversiver Tendenzen werden, wie dies von manchen Seiten befürchtet wird.

Aug. v. Peetem an wünjig ebenfalls eine gesetzliche Ordnung dieser Frage, hält sie jedoch augenblicklich für unmöglich, weil die Verhältnisse noch nicht klar genug seien, um jetzt schon ein definitives Urtheil fällen zu können. Die Hauptfrage liegt nicht in der Organisation der Schule, sondern darin, daß praktische Männer an der Spitze der Schulen stehen, wie dies besonders in Württemberg, Bayern und Österreich der Fall ist. Ein Gesetz würde nur zur Schablone führen. Redner spricht sich dann noch besonders lebhaft gegen die Einführung eines obligatorischen Besuchs für die Schulen aus und beantragt, dem 2. Theile des Antrages folgende Fassung zu geben: „Auf eine lebhafte Förderung und Organisation des technischen Unterrichts wesens nach verschiedenen Abstufungen, insbesondere auch der Provinzial-Gewerbeschulen und der Fachschulen für Handwerker Bedacht zunehmen“.

Abg. Wehrenpfennig zieht die Nr. 3 des ersten Theiles seines Antrages zurück, weil sie durch die Erklärung des Regierungskommissars erledigt ist und ändert den Anfang des 2. Theiles dahin

Abg. Dr. Lüne: Der Antrag Wehrenpfennig entspricht einem allgemeinen Gesühl von der Nothwendigkeit einer Reform, empfindet, daß Abhilfe gewisser Uebelstände zu schaffen sei, weiß nur nicht wie; kurz: il faut faire quelque chose. Einige wollen die Weiterentwickelung der Frage vollständig der Praxis überlassen und meinen, daß sich aus der Praxis heraus schon das Richtige ergeben werde. Die eben gehörten Klagen werden Ihnen aber schon bewiesen haben, daß wir uns vollständig regellos bisher entwickelt haben, und daß es darauf ankommt, uns ein Prinzip zu bilden, wenn wir jene Systemlosigkeit vermeiden wollen, deshalb muß ich durchaus auf einer gesetzlichen Organisation bestehen. Was die einzelnen Punkte des Antrags anlangt, so haben wir gewiß mit Befriedigung vernommen, daß wir uns der Lösung der Frage betreffs des Polytechnikums nähern; aber ich möchte noch besonderes Gewicht darauf legen, daß bestimmte Kräfte schon jetzt herangezogen werden und daß jeder Lehrer seinen bestimmten Lehrstuhl erbält, wie an den Universitäten, damit die Dozenten jene Beschäftigung nicht blos als Nebenarbeit ansehen. In Bezug auf die Vorbildung für den einjährigen Militärdienst habe ich mich gewundert, von Seiten des Abg. Miquel eine so harte Urtheilung zu hören. Das allerdings halte auch ich für einen großen Fehler, daß man denselben auch für die Fachschulen maßgebend machen will. Eins ist nur möglich, entweder Ausbildung in der Praxis, wie dies durch die Fachschulen geschehen soll, oder allgemeine Bildung, wie es die Aufgabe der Realschulen und Gymnasien ist, aber man soll nicht beide vermischen und ein System auf das andere pferzen. Bilden wir doch gute praktische Handwerker heran durch besondere Fachschulen, zwingen wir die Meister auf gesetzlichem Wege, ihre Lehrlinge jene Schulen besuchen zu lassen, und wir werden, Theorie und Praxis verbindend, das erreichen, wozu Schulze-Delitzsch mit seinem Genossenschaftswesen den Grund gelegt hat, einen guten Arbeitersstand. (Beifall.)

Arbeiterklasse. (Beifl.)
Abg. Miquel: Der Abg. Löwe hat mich in Bezug auf die Anforderungen für den einjährigen Militärdienst mißverstanden; ich bin mit den gestellten Anforderungen völlig einverstanden; nach meiner Auffassung soll sich aber jener Dienst nach der Schule, und nicht die Schule nach ihm richten.

Abg. Dr. Wehrenpfennig: Ich lasse mit meinem Antwort
die Frage vollständig unentschieden, ob die Meister einem Zwang
unterworfen werden sollen oder nicht. Ich persönlich würde mich für
das Letztere entscheiden, und ich führe in dieser Beziehung den Ans-
spruch einer Autorität, den Vorsitzenden der Kommission für den
technischen Unterricht in Württemberg, Herrn v. Steinbäsi, an, daß
der beste Weg der freiwillige sei, mit der Verpflichtung zur Bezahlung
eines geringen Schulgeldes. Die allergeringsten Resultate seien da er-
reicht worden, wo man glaubte mit Zwang vorgehen zu sollen. Der
Praxis kann man jedenfalls die Weiterentwicklung der technischen
Schulen nicht anvertrauen, denn wir haben von organischer Ent-
wicklung in dieser Beziehung nichts bemerkt, weil unsere technischen
Schulen unter die verschiedenen Ressorts zerstülpelt sind. Wir können
nur zum Ziele gelangen, wenn wir auf dem Wege der Gesetzgebung
vorgehen.

Der Antrag Webreppenning wird hierauf in der von ihm modifizierten Fassung mit großer Majorität angenommen.
Es folgt die Fortsetzung der Spezialberatung des Ausgabe-Clubs

Zu dem Kapitel 22 der ordentlichen Ausgaben „Nassauische Eisenbahn“ bemerkt

Abg. Gärtner: Es sind diesmal für Neubauten von Eisenbahnen, Bau von Lokomotiven u. s. w. größere Summen ausgeworfen worden, und man sollte erwarten, daß dies dem Handel und der Industrie in bedeutender Weise zu Gute kommen werde. Dies ist jedoch nur in geringem Maße der Fall, und der Hauptgrund hierfür liegt in den öffentlichen Subventionen. Im Reichstag ist einmal der Ausspruch gethan, dieselben seien eine Prämie auf schlechte Arbeit, und dem muß ich vollkommen beistimmen. Es ist ja richtig, daß durch eine große Konkurrenz billige Preise erzielt werden; aber die Bedingungen sind jetzt leider derartig, daß die Arbeiten den Spekulanten aber nicht den guten Fabrikanten aufstrecken müssen; denn jeder einzelne Geschäftsmann, der auf sein Geschäft etwas giebt, hält sich möglichst zurück von derartigen Subventionen und der Speulant unterzeichnet auch nur den Kонтракт mit der geheimen Voraussetzung, zu jedem Paragraphen: Es wird nichts so heftig gegeßen, wie es gekostet ist. Ich richte deshalb an den Minister die Auffrage, ob er sich vielleicht schon mit dem Gedanken an eine Reform dieser Angelegenheit befaßt hat, und ob es ihm möglich sein wird, der falschen Anwendung der jetzt maßgebenden Grundsätze Einhalt zu thun.

der jetzt maßgebenden Grundätze Einhalt zu thun.
Handelsminister A. G. e. b. a. d. erklärt, daß er sich wiederholt dieser Frage beschäftigt und auch die Direktoren angewiesen nicht über das Zulässige in den Kontrakten hinauszugehen. Er bitte die Fabrikanten, die Spezialfälle, worin sie sich übervorteilt haben von den Staatsbahnhverwaltungen, zu seiner Kenntniß zu bringen, er werde dann geeigneten Fällen gern Remedien schaffen, obwohl er nicht glaube, daß man allen Wünschen der Fabrikanten entgegen kommen könne. An dem Prinzip der öffentlichen Submissionsen müssen die Staatsverwaltung festhalten, und auf die Bedingungen bei selben gingen nicht nur leichtfertige Fabrikanten, sondern meistens die ersten Firmen des Landes ein.

ersten Firmen des Landes ein.
Abg. Co h n konstatiert, daß die von dem Minister gewindig
Beschwerden nicht erhoben würden, weil die Beschwerdefälle
bei späteren Submissionen Chancen der untergeordneten B
hörden fürchteten. Er wisse allerdings kein besseres System
das der öffentlichen Submissionen zu empfehlen (Gefterfeit), al
er wünsche doch die Aufmerksamkeit des Ministers darauf
lenken. Engere Submissionen zwischen einzelnen großen Fir
m seien sehr zu empfehlen, aber über den entscheidenen Beam
schwebe das Gespust der Oberrechnungskammer, welche die
gabe der Gründe fordere, weshalb in einem speziellen Falle nicht
billigsten Submittenten zugeschlagen sei, obwohl ihr die nötige
nische Sachkenntniß zur Beurtheilung fehle. So sei die neue Te
graphen-Einrichtung bei einigen Staatsbahnen nicht wie bei der
noverschen Bahn dem Erfinder Herrn Werner Siemens übertragen
weil derselbe sich nicht an der Submission betheiligt hatte.
Minister A c k e r l a n d schreibt nicht, daß den Beschwerdefällen

Minister Achenthal glaubt nicht, daß den Gewerbe-
Nachtheile erwachsen würden, da die Protokolle über jede groÙe
Submission in das Ministerium gelangen und dort der Zustand

schieden würde. Er wünscht durch diese Erklärung eine etwaige Furcht in Interessentenkreisen vor Beschwerden zu vermindern. Auch er weiß kein besseres System, als daß der öffentlichen Subventionen, dessen Uebelstände, wenn solche beständen, die geringeren seien.

Abg. H a m a c h e r referirt bei Lit. 2 der dauernden Ausgaben Namens der Budgetkommission über die Petition der Zugführer der Niederschlesisch-Märkischen Bahn und der hannoverschen Staatsbahn und empfiehlt die Petitionen in Wiederholung des Beschlusses vom 9. März 1876 der Staatsregierung mit der dringenden Aufforderung zu überweisen, den Eisenbahnzulässern den erhöhten Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren.

Gegen den Widerspruch des Regierungskommissars Geh. Rath K a p u n d tritt das Haus diesem Beschuße bei.

Über die Petition der Kanzlisten Suder, Kloie und Genossen von

der Ostbahn und Oberschlesischen Bahn, über Gleichstellung ihrer Be-

holdungen mit denjenigen der Kanzlisten anderer Behörden, geht das

Haus auf Antrag des Referenten der Budgetkommission Abg. H a m a

m a c h e r zur Tagesordnung über.

Die Petition der Eisenbahndirektoren Beyer, Boberbier und Ge-

nossen von der Niederschlesisch-Märkischen und der Oberschlesischen

Eisenbahn, um Gleichstellung im Gehalte mit den Secretären der

Provinzialbehörden, beantragt Abg. H a m a c h e r im Namen der

Budgetkommission der Staatsregierung zur Erwagung zu überweisen,

ob es sich nicht im Interesse des Dienstes und der Billigkeit empfehle,

das Minimaleinkommen der Eisenbahndirektoren zu erhöhen; über

die weiteren Forderungen der Petenten dagegen zur Tagesordnung

überzugehen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Abg. Lüders tapet die alljährlich sich steigernden Erhöhungen

der Bureauosten bei den Bahnen. Er leitet den Grund aus der

übertrieben bureauratischen Verwaltung der Bahnen her, wo der

mündliche Verkehr auf ein Minimum beschränkt sei. Er wünscht,

dab hier im Interesse des Dienstes und der Unterbeamten weniger

Instruktionen erlassen und mehr der mündliche Verkehr begünstigt

werde.

Geb. Rath K a p u n d entgegnet, daß relativ die Kosten für

das Bureaupersonal der Staatsbahnen zurückgegangen seien, da seit

dem vorigen Jahre 700 Kilometer Staatsbahnen hinzugekommen.

Die Position wird bewilligt.

Darauf verzagt sich das Haus um 4 Uhr bis Abends 7½ Uhr.

(Fortsetzung der Etatberathung.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 15. Februar.

Gymnasial-Direktor D y l h o f f in Wongrowitz ist dem Vernehmen nach als katholischer Schulrat bei der Regierung in Düsseldorf in Aussicht genommen.

Eine Beschwerde geht dem "Orodonik" über Germanisierungsversuche, die in der biesigen Eisengießerei von Cegielki gemacht werden sollen, zu. Danach soll der Oberingenieur der Fabrik die Arbeiter, welche der Mehrzahl nach Polen seien, angewiesen haben, ihre Arbeitsbücher in deutscher Sprache auszufüllen, und den Meistern auf ihren Widerprüf mit Entlastung gedreht haben.

Der katholische Kirchenvorstand in Kröben hat gegen den Gebrauch der deutschen Sprache bei der Korrespondenz mit dem kathol. Kommissar beim Oberpräsidenten einen Protest eingereicht und nach erfolgter Zurückweisung sich, wie der "Kurier Poznański" schreibt, an den Kultusminister gewendet.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 13. Februar. [Pferdeausfuhr.] Eine Thatfrage ist es, daß seit einigen Wochen die Ausfuhr von Pferden aus Preußen in einer so beträchtlichen Weise zugenommen hat, daß Meldungen in diesem Sinne fast gleichzeitig aus den verschiedenen Theilen der Monarchie hier eingegangen sind. Man ist in Folge davon einer Erörterung der Frage hier näher getreten, ob sich etwa eine Erneuerung des Pferde-Ausfuhr-Verbots empfehlen sollte. Ein bestimmter Entschluß ist, wie die "B. B." wissen will, bis diesen Moment aber noch nicht getroffen und die wohl zu spekulativen Zwecken verbreiteten Gerüchte an der heutigen Börse, wonach ein solches Verbot bereits beschlossen sein sollte, sind daher zum Mindesten verfrüht.

** Königliche Ostbahn. Von verschiedenen Seiten wird bestätigt, daß im Jahre 1879 die Direktion der Ostbahn von Bromberg nach Berlin verlegt werden soll. Wie es heißt, soll auch die brombachsche Zentral-Werkstatt eingehen, da in Zukunft solche Zentral-Werkstätten nur in Berlin und Königsberg bestehen sollen.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. F u l l u s W a s i e r in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 14. Februar. Abgeordnetenhaus. Der Antrag der Minorität des zur Berathung der Vorlage über die Bewilligung eines Kredites für die Beschickung der pariser Weltausstellung niedergesetzten Ausschusses, welcher die Bewilligung von 600,000 Fl. zu diesem Zwecke verlangt, wurde nach lebhafter Debatte mit 155 gegen 37 Stimmen in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der Handelsminister befürwortete den Antrag.

Southampton, 13. Februar. Der Dampfer "Weser" des Nord-deutschen Lloyd ist hier eingetroffen.

Kairo, 14. Februar. Der Khedive hat den Oberst Gordon zum Gouverneur der Provinz Sudan ernannt. Oberst Gordon wird sich demnächst auf seinen Posten begeben.

Berlin, 15. Februar. In der gestrigen Abend sitzung des Abgeordnetenhauses wurde nach unerheblicher Debatte der Rest des Eisenbahngesetzes erledigt.

London, 14. Februar. In der nunmehr veröffentlichten Depesche Lord Derby's an Lord Elliot vom 25. Mai 1876 zeigt Lord Derby an, er habe dem türkischen Gesandten Musurus mitgetheilt, daß, obgleich England das berliner Memorandum ablehnte, die Verhältnisse und Gesinnungen Englands seit dem Krimkrieg derartig sich geändert hätten, daß er fürchtete, daß die Türkei nur auf eine moralische Unterstützung rechnen dürfe, falls die vorhandenen Schwierigkeiten keine befriedigende Lösung finden.

Gewinn-Liste der 3. Klasse 155. k. preuß. Klassen-Lotterie.
(Nur die Gewinne über 135 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthesen beigefügt.)

Berlin, 14. Februar. Bei der heute fortgesetzten Bziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

26 33 35 53 (150) 152 78 284 403 37 578 623 801 905 88 95.
1052 246 72 340 470 544 (150) 74 617 34 850 51 70 83 913.
2004 29 43 108 50 222 28 42 85 96 329 78 501 58 791 92 824.
44 81 97 904 16 (15) 46 56 67 3077 78 (150) 88 112 13 315 83.
95 413 36 44 91 94 517 630 78 79 724 921 71 80 4022 105 93.
150 232 35 44 (150) 93 404 83 527 37 42 615 716 8 801 36.
511 934 5046 61 112 210 20 27 47 59 (150) 68 328 78 409 15 47.
511 (150) 605 30 62 (150) 78 (150) 88 752 (150) 857 94. 6018.
72 152 59 73 61 336 39 72 97 435 590 637 53 80 (180) 86 91.
700 3 180 85 829 34 (150) 53 68 904 15 54 81 91 (180). 7011 79.
241 (150) 319 74 82 411 53 508 (150) 15 21 37 75 604 5 61 743.

845 95 936 46. 8073 83 196 270 365 69 427 99 563 69 71 606.
63 761 802 93 955 73. 9013 36 71 89 96 97 210 322 573 624.
30 39 52 87 785 (180) 98 848 930 74 (150).
10008 47 60 83 240 323 (150) 41 46 60 81 (240) 465 615 72.
(150) 700 9 17 37 48 95 78 88 92. 11066 78 214 73 315 57 59.
41 78 99 558 637 702 53 70 95 808 64 94 910 48 89. 12079.
116 68 90 229 62 314 69 431 34 92 501 46 739. 13043 (180) 82.
86 103 76 89 208 69 71 (180) 307 16 456 59 79 567 790 809 15.
1402 15 119 211 40 (300) 91 302 20 448 514 704 857 71 (150).
901 18 46 61 77. 15005 44 90 136 68 90 295 311 33 81 407 (150).
511 28 67 68 81 (180) 628 42 88 754 86 876 941. 16204 20 304.
(180) 59 74 (150) 414 (150) 64 517 44 54 59 70 628 71 706 12.
865 68 91 92 88. 17032 65 (240) 98 152 56 (150) 65 251 314.
403 6 95 518 20 24 59 98 602 7 80 722 32 (150) 39 861 924.
1802 23 105 18 20 34 57 255 59 346 401 12 19 75 (180) 573.
669 732 (150) 92 980 89 97. 19001 38 53 167 244 367 71 79 95.
614 806 48 909.
20,038 (150) 71 131 44 72 211 16 59 408 47 531 49 82 689.
716 37 919 39 79 92. 21,024 33 135 54 203 (150) 43 46 91 (150).
403 9 43 61 65 603 35 54 66 732 (150) 800 2 37 38. 22,114 23 30.
44 72 425 57 74 (180) 561 81 636 37 49 762 79 (150) 802 21 35.
86. 23,010 36 182 273 325 81 98 416 68 555 75 694 732 51.
74 78 93 884 86 919 20. 24,036 39 66 (300) 76 268 74 82 92 312.
440 52 (240) 64 76 85 508 12 90 (150) 830 847 54 59 958. 25,025.
38 63 116 75 99 214 51 37 (300) 94 330 52 91 96 411 42 53 591.
61 75 99 743 800 49 63 946 58. 26,061 86 113 41 42 73 86 99.
345 79 448 (150) 653 706 820 40 62 54 943. 27,036 59 165 41.
48 92 93 202 48 (150) 59 366 68 89 98 430 39 83 529 737 837.
50 61 925 76 98. 28,019 111 (150) 48 (150) 216 23 (150) 26 (150).
84 302 406 92 512 13 59 66 76 624 (150) 56 95 702. 29,020 84.
144 61 203 6 70 3 9 20 (150) 85 400 7 13 (150) 21 66 (180) 73 502.
621 35 68 750 54 829 41 74 906 57.
30021 61 236 84 351 92 415 32 48 (180) 54 88 539 602 61.
88 716 (180) 79 82 857 79 932 53 91. 31017 21 52 69 230 (150).
56 374 76 82 83 86 452 74 88 566 71 (150) 77 638 55 715 97 99.
803 (150) 34 901 5 13 85. 32020 35 94 261 416 50 (180) 79.
519 58 (150) 73 630 38 701 96 800 15 58 (240). 33010 103 7.
514 18 610 70 85 736 62 82 833 40. 34035 61 93 170 211 73.
309 (150) 15 40 545 86 746 895. 35202 28 332 423 60 98 560.
71 90 607 39 878 94 900 (150) 26 (150) 80. 36012 (180) 193.
251 586 605 54 81 762 63 983. 37047 70 134 307 16 32 49 53.
91 409 67 520 658 (150) 752 66 881 927 36 39. 38048 69 166.
303 417 74 518 635 53 73 730 (300) 68. 39007 24 41 54.
131 (150) 211 39 46 55 319 71 85 (150) 417 29 (150) 546 63.
72 895 939.
40099 233 54 355 74 409 12 57 503 18 46 59 92 755 869.
918. 41002 18 (150) 143 51 56 222 334 72 401 564. 42049 82.
125 90 94 200 26 29 39 374 (1500) 91 402 37 69 604 41 77 792.
803 99 947 (1500) 52. 43022 38 (150) 158 61 240 46 338 487 (180).
543 57 613 54 705 811 (240) 58 77. 44044 66 155 222 82 303.
(150) 93 97 826 36 85 86 88 927. 45291 (180) 94 329 61 404 12.
70 89 90 522 65 601 71 99 726 47 (150) 65 83 870 959 61 64 68.
91. 46053 60 90 (150) 156 88 91 264 89 314 22 53 405 57 65 595.
618 755 (240) 64 824 32 63. 47002 45 148 284 300 6 62 86 519.
81 600 (150) 19 730 44 94 870 972 98. 48071 81 112 (150) 73.
315 45 (150) 403 506 (240) 22 70 644 704 86 834 912 74 75 96.
49030 36 46 68 (180) 97 720 57 910 13.
50044 (150) 119 87 (240) 214 65 68 346 73 (300) 460 518.
639 711 36 65 811 37 41 78. 51013 44 189 263 301 2 29 487.
501 67 83 609 60 744 61 879 81. 52103 69 79 217 34 53 61 69.
80 97 412 556 (150) 669 707 92 (150) 825 907. 53005 27 126.
42 61 69 203 13 34 50 68 97 389 522 31 88 97 732 (150) 81 84.
817 31 234 47 55 (300). 54001 45 67 72 74 121 74 87 211 65 353.
403 66 93 96 509 66 614 (150) 25 35 54 71 91 789 801 37 57 919.
27 44 76. 55089 109 56 68 98 211 60 69 377 404 612 64 65 87.
711 18 1

